

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonntags, Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. vierteljährlich. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Spfr.: 44 28 86. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
46. Jahrgang Hamburg, 10. September 1932 Nummer 37

Beseitigung des Tarifrechts

Die Bundesvorstände des ADGB und des AFA-Bundes haben am 29. August an den Reichspräsidenten v. Hindenburg nach Neudeck folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Erklärungen des Reichskanzlers in Münster über Absichten der Reichsregierung bedeuten tatsächliche Beseitigung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechts, einseitige Vereinerung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Gewerkschaften appellieren an Herrn Reichspräsidenten, solcher beispiellos unsozialen Politik die Zustimmung zu verweigern und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen.“

Am 28. August hat Reichskanzler v. Papen in der Versammlung des Westfälischen Bauernbundes in Münster sein Programm zur Behebung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit vorgetragen. Schon die Stelle also, wo dies geschah, klärt eindeutig die Entwicklung, wie sie die Papen-Regierung gestalten will. Reichskanzler v. Papen ist altes Mitglied des Westfälischen Bauernvereins. Er ist also auch ein Bauer, und es ist nur ein sprachlicher Unterschied, daß man diese Bauern in Ostpreußen und in Pommern Agrarier und Großagrarier nennt. Papen sagte: „Ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreussische Grundbesitz geformt ist: Jedem das Seine! — Aus dieser Überzeugung heraus lehnt die Reichsregierung infolgedessen alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab.“

Es sollen folgende Maßnahmen getroffen werden: Die Unternehmer bekommen die Umsatzsteuer, die Realsteuern, die Gewerbesteuern und die Beförderungsteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 in der Form erlassen, daß sie für die in dieser Zeit fälligen und zu zahlenden Steuerbeträge in Höhe der geleisteten Zahlungen Steueranrechnungsscheine erhalten, „auf die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichsteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchsteuern mit Ausnahme der Einkommensteuern bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Millionen Mark handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Vereinnahmung und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge für den aufgestauten Erhaltungsbedarf sein. — Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden neu Eingestellten soll aufs Jahr gerechnet ein Betrag von 400 M in Scheinen gegeben werden. — Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte eingestellt hat, den Tariflohn in einem gewissen genau umgrenzten Umfange, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht im gleichen Ausmaße ermäßigt werden dürfen wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich „sogar“ (!!!) noch erhöht. Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungs-wesen in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten.“

Es folgen dann nach dem Pressebericht weitere Ausführungen, nach denen man auch bestimmen will, daß trotz vorhandener Tarifverträge während der Lauf-dauer derselben für sogenannte notleidende Betriebe unter Einhaltung eines bestimmten Verfahrens Abstriche vom Tariflohn zulässig sein sollen.

Es erhalten also die Unternehmer in erster Linie ein Steuergeschenk in Höhe von 1500 Millionen Mark, in zweiter Linie für jeden mehr eingestellten Arbeiter ein Geschenk von 400 M., in dritter Linie dürfen sie den Lohn der mehr eingestellten Arbeiter in

der Hauptsache von dem Lohn der bisherigen Belegschaft in Abzug bringen.

Wenn also ein Unternehmer selbst vom Staat einen Auftrag erhält, und wenn er selbst ohne jedes eigene Zutun einen Auftrag bekommt und natürlich aus diesem Grunde Arbeiter einstellen muß, dann bekommt er dafür neben dem allgemeinen Steuergeschenk nicht nur für jeden Arbeiter ein weiteres Geschenk von 400 M., sondern er braucht von dem Lohn dieser Arbeiter auch nur einen geringen Teil selbst zu bezahlen, den Hauptteil

Wir sind das Heer!

Wir sangen so manches hinreißende Lied
Vom Hammer und Amboß, vom Müller und Schmelde,
Vorbei ist die Zeit mit dem friedlichen Sinn,
Die schöne Romantik ist lange dahin.

Die Zeit ist Eisen — Wo Schaffensfreude
Groß ist das Leid — In Not erstickt,
Wer will sie preisen. Man bangt von heute
Die kalte Zeit, ins Morgen blickt.

Haltet ein! Wir wollen kein Klagegeld!
Wir singen ein Lied, wie der Sturm im Ried!
Wir singen ein Lied, wie das brausende Meer!
Wir kommen in Massen! Wir sind das Heer!

Wir können kein Bangen! Uns stiehlt die Nat!
Noch sind wir gefangen, doch Kampf bis zum Tod!
Das woll'n wir geloben mit heiligem Eid!
Wir sind die Erprobten, die Kämpfer der Zeit!

Hermann Ellfeld.

des Lohns kann er aus dem Lohn der übrigen Belegschaftsangehörigen bezahlen.

Zu dem Profit also, den jeder Unternehmer bei Ausführung jedes Auftrages hat, bekommt er als weiteren Profit das Geschenk von 400 M. pro Kopf der mehr eingestellten Arbeiter und den Hauptteil der Lohnsumme für die mehreingestellten Arbeiter.

Irgendwelche Verpflichtungen braucht der Unternehmer nicht einzugehen. Irgendwelche Vorschriften über die Preisgestaltung bekommt er nicht. Der Unternehmer kann sich Luxusautos kaufen, er kann sich Luxusvillen bauen, er kann irgendwie „aufgestauten Erhaltungsbedarf“ befriedigen und „dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einzuführen“; aus seinem eigenen Vermögen und aus seinen eigenen Mitteln braucht er das alles nicht zu tun. Er kann diese ganzen Luxusausgaben aus den Steuergeschenken, dem Arbeiterkopfgeschenk und der Lohnsenkung bezahlen.

Man hätte das alles viel einfacher machen können. Man hätte die deutschen Arbeiter unmittelbar zwingen können, einen bestimmten Teil ihres Verdienstes an den Reichsausfluß der Deutschen Industrie zur Verteilung an die einzelnen deutschen Unternehmer abzuführen. Dann wäre die Sache für jeden eindeutig und klar verständlich gewesen. Aber auch so wie man es machen will, ist mit Hilfe einiger weniger zusätzlicher Erläuterungen die einseitliche Klarheit dieser Maßnahmen gegeben.

Tarif- und Schlichtungsrecht sollen in der Hauptsache aufrechterhalten bleiben, aber doch nur dadurch, daß man den Sinn dieser Institutionen des kollektiven Arbeitsrechts vollkommen aufhebt. Es mag ein erstrebenswertes Ziel sein, an dem Inhalt der vorhandenen Lehrbücher des Arbeitsrechts dadurch wenig zu ändern, daß die „Rechtsgrundsätze“ erhalten bleiben. Aber daran haben doch in der Hauptsache nur die Herausgeber dieser Lehrbücher und die Wissenschaft allenfalls ein Interesse. Die Arbeiterklasse muß, wie sie das bisher schon getan hat, demgegenüber nunmehr erneut erklären, daß ihr an der Erhaltung abstrakter Rechtsgrundsätze überhaupt nichts liegt, wenn es einen materiellen Inhalt, den diese Rechtsgrundsätze sichern sollen, nicht mehr gibt.

In einem Aufsatz: „Lockerung des Tarifvertrages“ hat die Gewerkschaftszeitung nicht nur als Meinung der Gewerkschaften, sondern aller maßgebenden wissenschaftlichen Arbeitsrechtler festgestellt, daß die Unabding-

barkeit der Tarifverträge verfassungsmäßig gewährleistet ist, und zwar unter Ausschluß des Rechts des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung, in den Unabdingbarkeitsgrundsatz einzugreifen. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung die in dem Vortrag des Reichskanzlers v. Papen erklärten Absichten durchführen wird, dann ist der Nachweis, daß das kein Verfassungsbruch wäre, nicht einmal mehr ein Spiel mit Worten.

Wir wollen weder Jahrtausende noch Jahrhunderte zurückgreifen, sondern nur 60 Jahre, bis zur Gründung des Deutschen Reichs. Aber seit dieser Zeit hat es noch keine Regierung und noch kein Regierungsprogramm gegeben, das so hundertprozentig einseitig alle Vorteile den Unternehmern zugebilligt und alle Nachteile den Arbeitern auferlegt hat. Man kann mit Hilfe der Reichswehr, der Schutzpolizei und anderer Machtmittel die „Ruhe und Ordnung“ in Deutschland nach außen sichern. Aber niemals wird man mit irgendwelchen Machtmitteln erreichen können, daß die 20 Millionen deutschen Arbeiter und ihre Angehörigen, also die Mehrheit des deutschen Volkes, sich innerlich mit derartigen Maßnahmen abfinden. Wir sind glücklich wieder in der Zeit der Inquisition angelangt und können mit Don Carlos verlangen: „Geben Sie Gedankenfreiheit, Eure“. Diese Gedankenfreiheit wird sich die Arbeiterklasse in erster Linie und unter allen Umständen bewahren. Alle weiteren möglichen legalen „mit der Reichsverfassung in Einklang stehenden Maßnahmen“ werden sich die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften vorbehalten.

Die vorbeipropheten Pläne der Reichsregierung sollen zwölf Monate (1 Jahr) gelten und „dem organischen Umbau und Neubau unseres Staats- und Wirtschaftswesens dienen, der die eigentliche Aufgabe unserer Zeit ist.“ So sagt Reichskanzler v. Papen! Wir aber warten nun einmal die entsprechenden Notverordnungen ab, um dann zu dieser endgültigen Stellung zu nehmen.

Zum Wirtschaftsplan der Reichsregierung

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich mit den in der Rede des Reichskanzlers von Papen vom 28. August angekündigten wirtschaftspolitischen Plänen der Reichsregierung. Einmütigkeit bestand darin, daß diese Pläne die Gewerkschaften zu scharfer Abwehr herausfordern müssen. Entschieden bekämpfen die Gewerkschaften vor allem die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen von Arbeitskräften für alle Betriebsangehörigen zu senken. Durch die Lohnkürzungen der letzten Jahre ist das Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen bereits weit unter den Betrag gesunken, der zur Erhaltung der notwendigen Existenz unentbehrlich ist. Weitere Lohnsenkungen würden eine unerträgliche Verschärfung der sozialen Bedrängnis der arbeitenden Bevölkerung sowie eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen und neue, gesteigerte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die beabsichtigte Kürzung der Löhne steht auch im Widerspruch zu der vom Reichskanzler in seiner Rede in Münster abgegebenen Erklärung, daß es der Sinn des Regierungsprogramms sei, der Deflationspolitik ein Ende zu machen.

Uebrigens ist der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, einen Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es bei der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 M. für jeden neu eingestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplanes der Regierung kann auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Planes zu schmälern. Und auf die Kürzung der Löhne muß verzichtet werden, wenn die Reichsregierung der Mahnung des Reichspräsidenten, sie möge darauf achten, „daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe“, gerecht werden will.

Der Zweck, Arbeitslose in Arbeit zu bringen, würde wirkungsvoll gefördert werden, wenn die in Aussicht genommene Steuerrückerstattung ausschließlich auf solche Betriebe beschränkt bliebe, die durch Neueinstellungen von Arbeitskräften bei der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit mitwirken. Durch eine solche Uenderung des Planes der Reichsregierung würden von der Summe von 1,5 Milliarden aus Steuermitteln, die nach dem Programm des Kabinetts in vollem Umfange bedingungslos angerechnet werden soll, erhebliche Beträge frei werden, die zur In-

gangsetzung und Förderung von öffentlichen Arbeiten, also zu echter Arbeitsbeschaffung im Sinne der bekanntesten Forderungen der Gewerkschaften Verwendung finden müßten.

Arbeitslosigkeit und öffentliches Urteil

Der Ruf nach Arbeit ist zum Schrei nach Arbeit geworden. Angst liegt in diesem Schrei. Mehr und mehr steigt ein dunkles Ahnen heraus, daß der Fluch des Nichtarbeitendürfens nicht enden wird, wenigstens nicht in absehbarer Zeit. Und nun erst erkennt man ganz das fürchterliche der Arbeitslosigkeit.

Dauerarbeitslosigkeit, Massenarbeitslosigkeit — diese beiden Wörter enthalten etwas so außerordentlich Ernstes, daß es langer Zeit bedurfte, sie ganz zu begreifen. Dazu gehörte eben mehr als wirtschaftliches Überlegen, Berechnen, Erkennen, dazu gehörte Erleben. Nur wo solches Erleben die Menschen wirklich wissenb macht, weiß man, was im erschreckenden Klang des Wortes „Arbeitslosigkeit“ an Zubodendrückendem eingeschlossen liegt.

Es gibt noch außerordentlich viele deutsche Bürger und Bürgerinnen, die hören wohl das Wort „Arbeitslosigkeit“, aber sie wissen nicht, was es für die bedeutet, die unter den Fluch geraten sind, nicht mehr ihre Kräfte nutzbringend anwenden zu dürfen. Das Wort „Arbeitslosigkeit“ hört heute fast jeder täglich, und überall drängt es sich dem Auge auf. Das macht stumpf gegen das größte Übel und die größte Gefahr, die die Menschheit jemals in solchem Umfange erlebt hat, wie jetzt. Gerade die heutige Größe des Übels muß die allerernsteste Sorge um die Zukunft wachrufen. Von solcher Sorge empfindet man trotzdem im öffentlichen Leben nicht allzuviel. Weite Volkstriebe haben vielfach noch kindliche Vorstellungen von der Wirtschaftskrankheit der Welt, daß für Duzende von Millionen keine Arbeit mehr vorhanden ist. Mit parteipolitischen und ähnlichen Mitteln glauben sie, könnten einfach und schnell die Dinge gewendet werden. Sie wissen nichts von den Zusammenhängen im Wirtschaftsgeschehen der Völker der Welt; sie ahnen nichts von den vielen tiefen und alten Fehlern, die menschliche Habgier und Herrschsucht im Laufe langer Zeitalter geschaffen. Schließlich geht doch auch in der heutigen Massen- und Dauerarbeitslosigkeit nur eine Unkrautpflanze auf, die menschliche Unwissenheit und Unzulänglichkeit auf's Wirtschaftsfeld gestreut hat. „Es geht keine Kraft verloren“ — so lehrte es das grundlegende Gesetz, das der Natur abgelauscht wurde.

Immer noch kann man gelegentlich die sinnlos-dummen und gewissenlos-rohen Worte hören: „Sie“ — die bedauernswerten Opfer des Welt Übels der Arbeitslosigkeit — „wollen nicht arbeiten.“ Es ist heute wohl ausgeschlossen, daß hinter solchen Sätzeleien noch wirklich so etwas wie eine persönliche Meinung steht. Es ist vielmehr anzunehmen, daß es nichts als feige Heuchelei ist, Verstellung, Selbstbetrug und Verzug der andern, was in solchen frechen Worten zum Ausdruck kommt. Denn so groß auch bei den wirtschaftlich Bessergestellten oft die Unwissenheit in wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Dingen ist, so groß ist sie doch nicht, daß wirklich jemand ehrlich am Arbeitswillen der Arbeitslosen zweifeln kann. Sie zweifeln auch gar nicht daran, die so frech und roh ihre Mitbürger verhöhnen. Aber sie ahnen vielleicht dunkel, daß diese Dauer- und Massenarbeitslosigkeit doch nicht lediglich auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Irrtümer zurückgeführt werden muß, sondern auch auf Schuld und Fehl und das Nichterkennen und Nichterfüllen von Pflichten, die der Besitz mit sich bringt. Und weil sie das durch alle Verrohung hindurch noch schwach empfinden, wollen sie schnell vordringen, daß die aus der Volksarbeit Entfernten fordernd an die herantreten, die privatrechtlich über die Mittel und Gelegenheiten der Volksarbeit verfügen. Ein schwacher Schein von natürlichem Rechtsempfinden fällt in die abgestumpften Gemüter. Wer große Landstrecken „sein

eigen“ nennt, hat die selbstverständliche Pflicht, aus ihnen so viel Frucht herauszuholen, als sie bei sorgfältiger Bearbeitung hergeben können. Und ebenso ist es mit den großen Werkstätten, Fabriken, Kontoren usw. Daran hat man früher nicht gedacht, als man sich in nimmerlatter Besitziger zu den alleinigen Herren der Arbeitsmittel und Arbeitsvoraussetzungen aller Art machte, daß dieses Anstreifen dessen, was doch allen gehören muß, große Pflichten und Aufgaben zu erfüllen heißt. Im Wegnehmen und Zusammenscharren hat man sich als tüchtig erwiesen. Wo ist nun die viel bedeutsamere Tüchtigkeit für Arbeit, Verdienst, Lebenssicherheit für die zu schaffen, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft und ihre Arbeitsgeschicklichkeit? Indem man sie zum Nichtstun verurteilt, nimmt man ihnen auch dieses ihr letztes und einziges Gut. Will man endlich einsehen, daß das den schon sonst viel zu straff gespannten Bogen zum Springen bringen muß?

Die Kapital außer Landes bringen, sind Vernichter von Arbeitsmöglichkeiten. Kapital ist nun einmal ein Arbeitswerkzeug in der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Kapital ist ein von der Volksgesamtheit den sogenannten Wirtschaftsführern in die Hand gegebenes Gut. Es soll dazu verwendet werden, die Volksgesamtheit zu erhalten, sie kampfs- und arbeitsfähig zu machen mit andern Völkern. Kapital über die Grenzen des Landes verschieben, heißt das Volk verraten. Die Selbstbehauptungskraft eines Volkes sinkt mit zunehmender Kapitalverarmung. Das wirtschaftliche Arbeitsmittel „Kapital“ muß naturgemäß allen Volksgliedern gemeinsam gehören. Wer dieses Arbeitsmittel heimlich verschwinden läßt, ist der gefährlichste Dieb, den es geben kann. Wann endlich wird die Gesamtheit des Volkes, das sogenannte öffentliche Urteil, diese und ähnlich schlimme Dinge als das erkennen und behandeln, als das die Selbsterhaltungspflicht es zu behandeln gebietet?

Wer millionen- und milliardenweise Kapital aus Unfähigkeit oder Leichtsinne und Gewissenlosigkeit untergehen läßt, muß von führender Wirtschaftsstellung entfernt werden. Es hätten sehr viele Wirtschaftsführer kaltgestellt werden müssen in den letzten Jahren. Es fehlte sehr stark an der vielgerühmten „Initiative“, und es fehlte weitgehend ganz an dem notwendigen Verantwortungsbewußtsein für das Wirtschafts- und Volkswohl überhaupt. Die Staatsleitung mußte ungeheure Summen zu Stützungs zwecken an die Großkapitalisten hergeben. Hat sie jemals von diesen etwas für Volk und Staat bekommen, wenn Großverdienste eingehemmt wurden? Der Staat bekam selbst in solchen Zeiten nicht einmal die ihm gesetzlich zustehenden Steuern. Heute ist der Steuerbetrug schier unvorstellbar gewaltig. Zum Teil liegen diese Diebereien frei offen zutage. Es liegt darin eine herausfordernde Verhöhnung der Lohn- und Gehaltsempfänger, die weit mehr als erträglich im Einkommen gekürzt wurden, und dennoch den „Zehn Pfennig ehrlich versteuern.“ Wann endlich wird sich das allgemeine Volksempfinden anders als bisher zu dem Gebaren und Tun des Großkapitals einstellen? Wie oft muß es denn noch auseinandergesetzt werden, daß die Verwalter des Volkvermögens ihre Pflichten sehr ungenügend erkennen und wahrnehmen. Das Volk hat die Pflicht, darüber zu wachen, daß die nationalen Selbsterhaltungsmittel flug und gewissenhaft ausgewertet werden. Es kann durchaus nicht jeder so mit diesen Arbeitsmitteln verfahren, wie er möchte und fähig ist. Es muß damit das Höchstmögliche geleistet werden, denn sonst kann unser Volk nicht arbeiten und durch Arbeit sein Leben behaupten. Es ist ein Anfinn, was ein Großgrundbesitzer meinte: „Bearbeiten wir den Acker mangelhaft und lässig, dann ernten wir zwar wenig, aber wir haben auch wenig Mühe und Arbeit.“ Sp.

Gesellenprüfung in Hamburg, Oktober 1931 und Ostern 1932

Die Gesellenprüfung in Hamburg gestaltete sich in diesem Jahre besonders schwierig, da durch den inzwischen eingetretenen Wechsel des Innungsvorstandes die Durchführung der Prüfung in allen Teilen verwaltungstechnisch mit neuen Kräften nicht so einfach war. Die Überführung, die diese Situation mit sich brachte, hatte auch im Ausmaß für das Lehrlingswesen eine Überforderung zur Folge, wozu es mindestens mehr als fraglich erscheint, ob hier die richtigen Kräfte als Prüfer gewählt wurden. Die verwaltungstechnische Durchführung blieb dem Gesellenvertreter überlassen, welcher langjährig den Auf- und Umbau der Prüfungsordnung nach den Richtlinien des Reichsbundes beherrschte, so daß die Durchführung einigermaßen ihren Fortgang nehmen konnte soweit die Arbeitgebervertreter anpassungsfähig genug waren.

Wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich, konnte bei der Osterprüfung für die Arbeitsprobe keine Zensur erteilt werden, da erstens die Aufsicht ungenügend war, zweitens die aufsichtführenden Prüfer verwaltungstechnisch verlagten. Daher lehnte der Gesellenvertreter die Verantwortung ab, die Ergebnisse der Arbeitsproben in der Statistik aufzuführen. Gerade dieser Zweig der Prüfung ist am wichtigsten mit, um handwerkliches Wissen und Können zu beurteilen.

Das praktische Gesellenstück (Abschnitt 1 der Tabelle) hat sich im Durchschnitt zum Vorjahre um 1% gebessert, immerhin bewegt sich die Leistungskurve sehr absteigend; nur 24,7% konnten die Zensur „gut bis ausgezeichnet“ erhalten; demgegenüber 75,3% „genügend bis ungenügend“. Von diesen sind 29,6% als „ungenügend“ zu bezeichnen!

Bei den schriftlichen Arbeiten in Fachkunde usw. (Abschnitt 3 der Tabelle) ist eine Verschlechterung von 11,3% im Durchschnitt gegen das Vorjahr zu verzeichnen; die Verschlechterung bewegt sich (wie Tabelle zeigt) immer sehr verschieden in den einzelnen Jahren. Es ist daher notwendig geworden, die Prüfung einheitlich von einem Prüfer vorzunehmen und zu zensieren.

In Berufsschriftsatz und Flächenberechnungen (Abschnitt 4 der Tabelle) hat sich gegenüber dem Vorjahre eine Besserung von 21,8% ergeben. Damit sind die Leistungen von 1929 und 1930 einigermaßen wieder erreicht. Es waren teilweise recht gute und inhaltreiche Aufsätze aus dem Berufsleben zu verzeichnen.

Bei der mündlichen Prüfung in technischen Fragen usw. (Abschnitt 5 der Tabelle) ist ebenfalls eine Besserung um 20,2% eingetreten. Der Hauptanteil fällt auf die Gestaltungs- und Bürgerkunde.

Drei Lehrlinge mußten bei der Prüfung durchfallen. Wäre die Prüfung des Gesellenstücks allein maßgebend gewesen, wären 29,6% durchgefallen! Da aber die Gesamtprüfung in Betracht kommt, konnte sich mancher Lehrling durch die theoretische Vorbildung hinüberretten.

Wie auch in früheren Jahren wurden wieder Prämierungen für gute Leistungen von der Gewerksammer und Innung vorgenommen, wenn auch der Zeit entsprechend in sehr bescheidenem Maßstab. Es sind für Malerlehrlinge verteilt worden:

- 1 Gewerksammerpreis von 15 M
- 4 erste Preise „ „ „ a 15 „
- 5 zweite „ „ „ a 10 „
- 8 dritte „ „ „ a 5 „

Für Schildermaler:
1 erster Preis von 10 M } mit Beilagen von Kunst-
1 zweiter „ „ 5 „ } mappen.

Für Lackiererlehrlinge:
1 Gewerksammerpreis von 15 M
1 zweiter Preis „ „ 10 „
3 dritte Preise „ „ a 5 „

Außerdem war noch ein Wettbewerb ausgeschrieben, in welchem die Räume zur Ausführung der

Das Gasthausbild

Zu einem Maler, der in einem kleinen Städtchen am Missouri seinen Wohnsitz aufgeschlagen hatte, kommt eines Tages ein Gastwirt und fragt ihn, wieviel er für ein Wirtschaftsbild verlange, auf das ein hübscher Bär gemalt sei. „Vierzig Dollar“, ist die Antwort. Das war dem Wirt zu viel.

„Zum Sarkas tut es für fünf und zwanzig.“ — Einen Augenblick besann sich der Maler; er wollte nicht, daß sein Konkurrent etwas verdiene und deshalb fragt er weiter: „Soll es ein zahmer oder ein wilder Bär sein?“ — „Natürlich ein wilder.“ — „An einer Kette liegend?“ — „Nein, eine Kette ist nicht nötig.“ — „Nun, dann will ich Euch einen wilden Bären ohne Kette für 25 Dollar malen“, jagte der Künstler mit lustigem Lächeln.

Zufrieden geht der Wirt nach Hause. Zur bestimmten Zeit erhält er auch das Bild, auf dem ein großer brauner schrecklich wild aussehender Bär abgebildet war. Das neue Bild lockte viele Leute an; des Wirtes Fässer wurden leer und seine Taschen voll. Er freute sich ungemein über seinen prächtigen Bären und über die Schlantheit, daß er ihn sich so billig verschafft hatte.

Einige Tage darauf brach nachts ein fürchterliches, von starken Regengüssen begleitetes Gewitter los, das mehrere Stunden tobte. Voll Besorgnis blickte am andern Morgen der Wirt nach seinem Bild, ob sein Bär auch seinen Schaden genommen. Aber o Schreck! Das Bild schwannte zwar noch lustig im Morgenwinde hin und her, aber der Bär war verschwinden.

„Unser Wirt läuft nun sofort zum Maler und überhäuft ihn mit Vorwürfen wegen seiner schlechten Sudelei. Aber der Maler, der den Bären mit Wasserfarbe gemalt hatte, um eine zweite Bemalung auf ein „Delgemälde“ zu erhalten, schämt ruhig von seiner Arbeit aus und fragt den Wirt: „War es ein wilder oder ein zahmer Bär?“ — „Ein wilder!“ — „Lag er an einer Kette?“ — „Nein!“ — „Nun, wie könnt Ihr denn glauben, daß ein wilder Bär, der nicht an einer Kette lag, in einer Nacht wie in der verstaubt, nicht weglassen würde?“

Der geprellte Wirt mußte schließlich gute Miene zum bösen Spiel machen und, um seine Kunden zu behalten, die sich inzwischen an das Bild gewöhnt hatten, war er gezwungen, einen zweiten Bären zu bestellen, aber dieses Mal einen wilden, an der Kette liegenden, der Sturm und Regen Trotz bieten konnte. F. H.

Ich hab' es in Blumenau gekauft . . .

Buschmesser zerteilen die Schlinggewächse. Die Affen fliehen. Die Peonen, die eingeborenen Träger mit den schweren Lastsäcken, keuchen. Die Karawane schlängelt sich durch den fürbrasilianischen Urwald.

Der Forscher, früherer deutscher Offizier, hält auf stramme Disziplin. „Was ist denn das wieder für eine Schweinerei“, tobt er, „wer hat da eben Lump! gerufen?“ Keine Antwort. Alle Peonen grinßen über die breiten Gesichter, aber schweigen. Obwohl sie fast alle gebrochen deutsch verstehen, denn in Südbrazilien, wo Hunderttausende von Deutschen leben, gehört das Deutsche zur Verkehrssprache.

Die Schweinerei fängt wieder an. Eine Stimme schreit: „Lump!“ Dann: „Haut ihn! Gib ihm Saures!“ Alles auf deutsch. Eine ganze Schimpffanonade.

Nach langem Suchen findet man endlich den Maulhelden. Alle Peonen winden sich vor Lachen. Der Störenfried ist — ein Papagei, den einer der deutschsprechenden Träger vor kurzem gekauft und auf die Reise mitgenommen hat.

„Anerkört!“, knurrt der Forscher empört, „das Vieh scheint ja aus einer feinen Familie zu sein . . .“

„Ich hab' es in Blumenau (einer deutschbrasilianischen Stadt) gekauft“, entschuldigend sich der Besitzer des schimpfenden Papageien, „wo wirklich auch feine Leute leben. Es gibt nämlich neuerdings dort hundert — — — Nationalisten.“

Man weiß nicht, was der schneidige deutsche Forscher darauf erwidert hat, denn es handelt sich nur um eine Anekdote. Aber jowiel steht fest: der Ausdruck „Ich hab' es in Blumenau gekauft . . .“ ist in Brazilien ein geflügeltes Wort geworden.

Vom unfreiwilligen Humor

Der unfreiwillige Humor ist immer der beste. Proben von dieser Komik finden sich in den „Seiteren Erinnerungen eines Vorderpälzers“, die von dem Juristen August Zahn unter dem Titel „Einfuhr“ niedergeschrieben wurden und aus seinem Nachlaß bei Moritz Schauenburg in Lehr erscheinen. Er hat eine Mittenlose aus Berichten und Anzeigen der Polizei gesammelt. Da meldet zum Beispiel ein Schuzmann: „Der Beschuldigte ist seiner Bildung entsprechend ein dummer Mensch.“ Ein anderer: „Mütterlicherseits ist ihm nichts nachzusagen; väterlicherseits aber faßt er.“ Oder es wird gemeldet: „Die Angeeschuldigten führen ein Luderleben, wie es sonst nur unter Eheleuten vorzukommen pflegt.“ Einer ist schwer verwundet; der Gendarm berichtet: „Der Verletzte schwimmt in der größten Lebensgefahr; denn er befindet sich in der Behandlung des praktischen Arztes Dr. N.“ Ein schwer Bedrohter wird durch einen glücklichen Zufall vor Mißhandlung gerettet. „In diesem Augenblick“, heißt es in dem Bericht, „hatten wir das große Glück, einem Mißfuhrwerk zu begegnen.“ Ein Schuzmann schreibt: „Die Frau zeigte ein höchst fleghaftes Entgegenkommen.“ Um so entgegenkommender war ein anderer, der meldet: „Ich aber war zuvorkommend und schlug ihm mit dem Säbel auf den Kopf.“ In einem andern Fall wird der Gendarm Opfer einer Mißhandlung: „Beschuldigte zerstückte einen irdischen Topf auf dem Kopfe des Gendarmen, der voll von Bier war.“ Ein anderer Schupo meldet: „Ich bitte Strafantrag zu stellen, da ich in der rechtmäßigen Ausübung meines Amtes gehandelt habe und mich dadurch lächerlich zu machen suchte.“ Mit einem ganz besonders schweren Verbrecher muß es ein Schuzmann zu tun gehabt haben, der meldet: „Er ist sozusagen beinahe ein Individuum, Leumund hat er fast gar keinen mehr und Religion so viel wie ein Hund.“ Getroffen fühlte sich das langsam arbeitende Gericht durch die Meldung eines Gendarmen: „Der Beschuldigte ist noch eines weiteren Diebstahls angeklagt, wegen dessen er sich in unabsehbarer Zeit vor Gericht zu verantworten haben wird.“

Arbeitsprobe dargestellt wurden, wonach später praktisch gearbeitet ist. Es hatten sich zahlreiche Lehrlinge daran beteiligt, auch sehr gute brauchbare Entwürfe wurden präsentiert. Zur Verteilung kamen: 1 erster Preis von 20 M., 2 zweite Preise von 10 M., 3 Anerkennungen à 5 M.

Des Platzmangels wegen müssen wir es uns leider versagen, auf die Probleme einzugehen, die sich aus diesem Zahlenmaterial ergeben. Der aufmerksame Leser findet sie selbst. Die Vergleichszahlen der früheren Jahre schienen uns nicht unwichtig, weshalb wir sie wiedergeben.

Es wurden 175 Maler, 20 Putzwerker und 4 Schilder-maler geprüft, zusammen 199 Lehrlinge; davon sind 3 Wiederholungen von 1931. Ausdrücklich sei noch gesagt, daß die Ergebnisse von Oktober und Ostern zusammengefaßt sind. Gleichfalls zusammengefaßt wurden die Zensuren „Angenügend“ und „Genügend“ einerseits, und „Gut“, „Sehr gut“ und „Ausgezeichnet“ andererseits — ausgenommen die Ergebnisse von 1932, die, wie zu sehen, spezialisiert wurden.

Zensuren für die praktischen Gesellenstücke.

Table with 4 columns: Grade (e.g., Angenügend, Genügend, Gut), Year (1929, 1930, 1931, 1932), and Percentage (e.g., 59 = 29,6%).

Zensuren für die Arbeitsproben. Es kommen nur 13 Malerlehrlinge von der Oktoberprüfung in Frage. Die Osterprüfung mußte ausfallen.

Table with 4 columns: Grade, Year, and Percentage for practical work samples.

Zensuren für die schriftlichen Arbeiten in Fachkunde: 1 Aufsatz, 10 technische Fragen, vier Rechenaufgaben.

Table with 4 columns: Grade, Year, and Percentage for written work in technical knowledge.

Zensuren für Berufsschriftsatz und Flächenberechnungen (schriftlich und an der Tafel).

Table with 4 columns: Grade, Year, and Percentage for professional writing and area calculations.

Zensuren für die mündliche Prüfung. Technische Fragen, Gestaltungsstudie, Betriebs- und Bürgerkunde.)

Table with 4 columns: Grade, Year, and Percentage for oral examination.

Sachlinger.

Beachtenswertes beim Linoleumlegen

Am Linoleum richtig legen zu können, hat man es gewiß nicht nötig, drei oder vier Jahre zu lernen. Aber es ist doch einiges dabei zu beachten. Da in verschiedenen Gegenden Deutschlands auch die Maler und Anstreicher Linoleum legen, sei darüber hier einiges gesagt. Dabei soll nur auf das Legen des Linoleums auf Sublinolestrich, der eine Unterlage von Beton hat, eingegangen werden. Die vielen Mißstände, die sich hierbei ergeben, entstehen meist aus der überhasteten Arbeitsweise. Der Schreiber dieser Zeilen arbeitet schon einige Jahre auf dem hier beschriebenen Gebiet und möchte den Kollegen daher einige Winke geben, die sich in der Praxis bewährt haben.

Der Beton ist eine Mischung von Kies und Zement. Dieser Beton muß bestimmt sechs Wochen alt sein, ehe der Sublinolestrich daraufgebracht werden darf. Die Alkalien, die dem Zement anhaften, werden innerhalb der sechs Wochen unschädlich. Nach dem Auftragen muß der Sublinolestrich in fünf Tagen vollständig erhärtet sein. Die Oberfläche muß dann eine leichte Glanzur zeigen. Im Sommer muß der Sublinolestrich zwei bis drei Wochen alt sein, ehe Linoleum verlegt werden kann. Wird diese Frist nicht eingehalten, gibt es oft Komplikationen. Dafür einige praktische Beispiele.

Von einer großen Baugesellschaft wurden die Decken eines Bauabschnitts betoniert. Nach etwa drei Wochen erfolgte schon der Auftrag des Sublinolestrichs. Nach nicht ganz vierzehntägiger Frist folgte das Verlegen des Linoleums. Schon nach einem Vierteljahr zeigten sich ganz eigenartige Erscheinungen. Die gestrichenen und tapezierten Wände wurden 60 bis 70 cm hoch feucht. Es war dies die Folge der dem Sublinolestrich anhaftenden Salze. Ein Spolieren der feuchten Stellen mit Farbe oder Lack jeglicher Art blieb erfolglos. Als rettendes Mittel erwies sich das Staniol. Es mußte aber sorgfältig geklebt werden und mindestens 10 cm über die feuchten Stellen hinausragen. Das radikalste Mittel wäre gewesen, den Putz abzuklopfen. Aber dies ist nicht immer und war auch nicht in dem erwähnten Falle möglich. Die Räume sollten nämlich schnellstens bezogen werden, und da ging es nicht an, neuen Verputz anzubringen, weil dieser ja auch wieder einer gewissen Zeit zum Trocknen bedurft hätte.

Eine häßliche Erscheinung ist es auch, wenn sich im Linoleum Beulen bilden. Daran trägt nicht etwa das Linoleum die Schuld, sondern es kann der Sublinolestrich oder auch der Beton die Ursache dafür sein. Beulen von 1 qm Fläche sind nichts seltenes. Tische und Stühle können kaum noch gestellt werden, die Säuren gehen nicht mehr auf und zu; so auch in dem angeführten Beispiel. Nachdem man das Linoleum aufgenommen hatte, stellte man fest, daß der Sublinolestrich und der Beton vollständig zermürbt waren. Der Beton war 3 Zentimeter

AN EINEN BEITRAGSSCHEUEN

Kollege, sagt jemand das Wörtchen „Verband“, Dann werde käsig wie weiße Wand! Pumpe dir hörbar Luft in die Lunge! Schlucke die Spuckel Zücke die Zunge! Stimme die Gurgell Eröffne die Fehde — Rede, Kollege, rede — rede! Nein, brüüel! Weil das mehr Eindruck macht! Denn es geht um den Beitrag! Sei auf der Wacht! Koche über und koche unter! Putz den Verband nur mal richtig herunter! Schimpfe, schäume, werde blau im Gesicht Und vergiß mir die Bonzen, die Bonzen nicht... Rede Quatsch, rede Blech, rede Zimt, rede Schund! Schwöre auf Ludendorffs Tannenbergbund, Auf die KPD, auf die Naziartei! Sag: die machten uns von den Bonzen freil! Es ist alles erlaubt, es ist alles recht — Nur, gehe als Sieger aus dem Gefecht! Wozu auch sollst du Verbandsmitglied sein? Bist du nicht schon Vorstand im Ziegenverein? Und in einer Winkelstierbekasse Zahlendes Mitglied III. Klasse? ... und so wirst du lieber zugrunde gehn, Als ein Gebot der Stunde verstehn... Tutl, ein Wirker.

zu 1 Teil Zement gemischt. Durch das zu frühe Legen des Linoleums waren beide Unterlagen, sowohl der Beton als auch der Sublinolestrich, erstarrt. Die Reparatur war in diesem Falle äußerst umständlich und langweilig. Nach Entfernung des zerstörten Materials mußte erst der Beton und dann der Sublinolestrich neu aufgetragen werden. Es vergingen Wochen, ehe diese Vorarbeit erledigt war. Es gibt aber auch hier ein Mittel, das schneller zum Ziele führt, vor allem dann, wenn die Zerstörung des Untergrundes nur stellenweise auftritt. In diesem werden die Ranten im Winkel abgeschragt und die ganzen Stellen mit Asphalt ausgegossen. Ist dieser kalt geworden und die Ranten sind nicht gut bündig, erwärmt man die Oberfläche mit einer Brennlampe und zieht mit dem Spachtel ab. Es kann dann sofort das Linoleum gelegt werden. Vielleicht nimmt der eine oder andere Kollege an, daß zum Ausbessern Gips genommen werden könnte. Das trifft nicht zu. Gips wird heiß und verlangt stets eine Dehnungsfuge, die bei dieser Reparatur aber nicht angebracht werden kann.

Sublinolestrich besteht aus Magnesia und Chlormagnesia, vermischt mit Sägespänen. Er läßt sich nageln. Des schönen Aussehens wegen wird Linoleum aber festgeklebt. In einem Falle mußten wir aber doch nageln, weil die Ranten nicht gut geklebt waren. Jetzt, nach zwei Jahren, zeigen sich rings um die Nägel kleine Beulen in der Größe eines Fingernagels. Stecht man diese Beulen auf, so fließt Wasser heraus. Woher kommt nun hier die Feuchtigkeit? Als das Linoleum gelegt wurde, war der Grund noch nicht völlig trocken. Die Feuchtigkeit konnte aber durch das Linoleum nicht entweichen. Es bildete sich, teils zurückzuführen auf das Chlormagnesium in der Estrichschicht, eine feuchtschwangere Luft. Diese sucht sich einen Ausweg und steigt an den Nägeln empor. Der Nagelkopf schließt jedoch dicht ab. Das Linoleum wird dadurch an dieser Stelle gehoben und so entstehen die Beulen. Bei vorschriftsmäßig gelegten Fußböden ist eine solche Beulenbildung noch nicht beobachtet worden. Zum Schluß sei erwähnt, daß zum Kleben des Linoleums auf Sublinolestrich nur Harzkit in Frage kommt. Holzleber enthält Wasser und kann schon deshalb nicht bei dem Kleben auf Sublinolestrich verwendet werden.

Die Frauen im neuen Reichstag

Durch die Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland nach 1918 erhielt die Frau zum erstenmal staatspolitische Rechte. Die Frauen haben seitdem in den 13 Jahren verstanden, von ihrem Recht Gebrauch zu machen. In den Parlamenten haben sie sich als geschickte Vertreterinnen der Frauenrechte Geltung verschafft. Die

neuere politische Entwicklung ist aber direkt frauenfeindlich gestimmt. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Aufstellung von Kandidaten zu den Reichs- und Landtagswahlen. Von den 608 Abgeordneten zum Deutschen Reichstag sind nur 36 Frauen. Davon gehören 15 zur Sozialdemokratie, zu den Kommunisten 10, zum Zentrum 6, zu den Deutschnationalen 3, zur Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei je 1. Die Nationalsozialisten haben, ihren Grundsätzen gemäß, daß die Frau minderen Rechts ist und sich nur um den Haushalt zu kümmern habe, keine Frau als Kandidaten aufgestellt. Es ist auf das tiefste zu bedauern, daß diese frauenfeindliche Partei bei den letzten Wahlen zahlreiche Frauenstimmen bekommen hat. Obwohl in Deutschland die Frauenstimmen die Männerstimmen um zwei Millionen übersteigen, befinden sich unter den Abgeordneten des Deutschen Reichstags noch keine 6% Frauen. Dadurch wird die Feindschaft des neuen Systems gegen die Frau sehr deutlich gekennzeichnet.

Gewerkschaftliches

Die Kommunisten lassen das Schwabdeln und das Verleumben der Arbeiterorganisationen nicht.

Seit Wochen geht die kommunistische Presse, an der Spitze die „Rote Fahne“, mit „Enttüllungen“ über eine im Entstehen begriffene Einheitsfront von Leipart bis Straßer haustieren. Mit eiserner Stirn erklärt man im Karl-Liebknecht-Haus und bei Münzenbergs, daß der Plan zur Bildung eines Kabinetts Schleicher—Straßer—Stegerwald fix und fertig und die Isolierung dieser Regierung durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften beschlossene Sache sei.

Zu diesem Unfug nimmt die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in Nr. 35 Stellung. Sie weist zunächst darauf hin, daß die Sozialdemokratie bereits Beschlüsse gefaßt hat, die an ihrer oppositionellen Stellung zu jeder Rechtsregierung keinen Zweifel zulassen, und betont dann mit aller Deutlichkeit:

Wir erklären nachdrücklich, daß der ADGB, allen Kombinationen über Nachtbildungen an der Spitze des Reiches absolut fernsteht und an Verhandlungen über die Bildung einer neuen oder die Umbildung der gegenwärtigen Regierung unbeteiligt ist. Wenn wir die Art der Anteilnahme des ADGB, an der Gestaltung der politischen Führung im Reich kennzeichnen wollen, so müssen wir feststellen, daß der ADGB, nur von dem einen Bestreben geleitet ist, seine Unabhängigkeit von jeder Regierung, wie immer sie beschaffen sei, in vollem Umfange sicherzustellen.

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hielt seinen ordentlichen Verbandstag kürzlich in Dortmund, im Herzen der deutschen Schwerindustrie, ab, dort, wo sich die größten Unternehmungen befinden und viele tausende Arbeiter bei guter Konjunktur beschäftigt werden. Jetzt ist die deutsche Großindustrie nur zu 30% beschäftigt und der VWB hat mit einer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu rechnen, die drei Viertel der Mitglieder erfasst. In seiner Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende, Kollege Reichel, daß der Verband nach 40jähriger Aufbauarbeit 279 Millionen Mark für Unterstützungszwecke ausgeben hat. In jener Zeit sei der deutsche Arbeiter durch die Tätigkeit der Gewerkschaften vom ehemaligen Fabrikflaven zum Staatsbürger emporgestiegen. Die überaus lebhafteste Teilnahme der ausländischen Delegierten an den Verhandlungen zeige die Festigkeit der Eisernen Internationale. Ein Spiegelbild der deutschen Wirtschaft bot der Tätigkeitsbericht des Vorstandes, der vom Verbandsvorsitzenden Brandes gegeben wurde. Von der lebhaften Tätigkeit des VWB, zeugt die Tatsache, daß noch im Jahre 1931 1484 Bewegungen mit 58 000 Betrieben und einer Belegschaft von 2 670 000 geführt wurden. Brandes setzte sich für die generelle Arbeitszeitverkürzung und für das Tarifrecht ein. Er betonte, daß die Verbandsleitung ihre schwere Arbeit nur leisten konnte, weil ihr ein Heer treuer, opferbereiter und unermüdlicher Funktionäre in Stadt und Land zur Seite stand. Der Bericht des Hauptkassierers Schäfer zeigte die Kriegswirkungen in Zahlen. Seit dem dritten Vierteljahr 1929 hat der VWB 105 Millionen Mark an Unterstützung ausgezahlt. Für Bildungsbestrebungen, Konferenzen usw. wurden 10,2 Millionen Mark verausgabt. Diese riesigen Leistungen konnten nur gemacht werden, weil der Vorstand ein guter Freuhänder der Mitgliedsbeiträge war. Der Schriftleiter des Verbandes, Kollege Kummer, erwähnte den Ausbau der Zeitung und setzte sich mit den wenigen Kritikern auseinander. Den Berichten folgte eine äußerst lebhaft ausgefallene Diskussion. Die Zahl der Kommunisten auf dem Verbandstag des VWB war auf ein Väterchen zusammengeschrunft. Die Kollegen aus den Betrieben machten von ihrem Recht der Meinungsäußerung sehr lebhaft Gebrauch. Doch allgemein wurde die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt. Dies kam auch darin zum Ausdruck, daß der alte Vorstand gegen wenige Stimmen wiedergewählt wurde. Ein großzügiges Referat hielt der Kollege Reichel über die Neuordnung der deutschen Wirtschaft. Ausgehend von den technischen Erfolgen, zeigte er als Rehrseite den Verfall der Kaufkraft, die Wirkungen des wirtschaftlichen Niedergangs und die verfehlte staatliche Wirtschaftspolitik. Entsprechend den finanziellen Belastungen wurde eine Neuregelung der Unterstützungssätze vorgenommen. Mit dieser Regelung hofft der Verband allen Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Der Verbandstag hat in seltener Einmütigkeit getagt. Ueber-schattet von einem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch, hat er die Bedingungen festgelegt, unter denen die Metallarbeiter auch in der Zukunft ihren Kampf um eine wirtschaftliche Besserung zu führen vermögen.

Sozialpolitisches

Es gibt nur eins: Arbeitszeitverkürzung und Lohnaufbesserung!

Unübersehbar ist die Zahl der Projekte, die der Überwindung der Wirtschaftskrise gewidmet sind. Die meisten derselben sind vollständig wertlos und verraten die Neigung, diese Krise als nie wiederkommende Gelegenheit zur Stabilisierung der Reaktion zu benutzen. Die Vorschläge der Gewerkschaften werden von sich selbst düntenden Leuten als undiskutabel beiseite geschoben. Dennoch erhalten sie immer mehr Befürwortung. Der Stuttgarter Industrielle Robert Bosch hat kürzlich ein wichtiges Bekenntnis zu den gewerkschaftlichen Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, abgegeben. Jetzt läßt sich der Generaldirektor der Fiat-Werke in Italien, Giovanni Agnelli, gleichermaßen aus.

Der italienische Industrielle nennt die Arbeitslosigkeit eine eiternde Wunde der Gegenwart. Die Bekämpfung und Überwindung der Arbeitslosigkeit sei das dringendste Gebot. Nach Agnelli gibt es nur einen Weg zu diesem Ziel: Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Heraufsetzung der Löhne. „Will man der Arbeitslosigkeit“, so heißt es in der von ihm herausgegebenen kleinen Schrift, „Gedanken zur Krise“, „energisch entgegenzutreten, so muß diese Maßnahme organisch angelegt sein und bis an die Wurzel des Übels vordringen. Geht man von einem durchschnittlichen Tageslohn von nur einem Dollar aus, so stellen die 25 Millionen Arbeitslose der Welt einen Rückgang der in den Wirtschaftsumlauf einfließenden Löhne um etwa 7 1/2 Milliarden Dollar jährlich dar, und um diese Summe müßte man die verringerten Löhne erhöhen, die die noch beschäftigten Arbeiter heute empfangen.“ Nach diesen unerschrockenen, aber durchaus richtigen Vorschlägen behandelt Agnelli die Zunahme der Produktionsfähigkeit durch den technischen Fortschritt. Die Verkürzung der Arbeitszeit müßte ihr unmittelbar folgen.

Ganz besonders aufschlußreich ist die Beantwortung der Frage: Wie können wir zu einer tatsächlichen Stärkung der Kaufkraft gelangen? Die Herstellungskosten der Produkte und ihr Verkaufspreis brauchen keineswegs in demselben Maß hinaufzugehen wie die Löhne. Einleuchtend sei folgendes Beispiel: Stellen wir uns eine Arbeitermasse von rund 100 Millionen Personen vor (dies ist die Zahl, die die Statistik für die Industrieländer der Welt schätzungsweise annimmt), von denen 25 Millionen arbeitslos wären! Um diesen 25 Millionen Personen Arbeit zu beschaffen, müßten wir die geltende Arbeitszeit um 33 % verkürzen, so daß mit 100 Millionen Arbeitnehmern derselbe Endeffekt erzielt würde, wie augenblicklich mit nur 75 Millionen. Wir müßten also von 48 Stunden auf 36 Stunden heruntergehen und für 36 Stunden den gleichen Wochenlohn bezahlen wie bisher für 48 Stunden, mit andern Worten, den Stundenlohn um 33 % hinaufsetzen. Hälften wir an einem durchschnittlichen Tageslohn von einem Dollar fest, so ergibt sich eine zusätzliche Aufwendung von täglich 25 Millionen Dollar. Um diese Summe würde nun die Kaufkraft von Tag zu Tag tatsächlich zunehmen und nach Ablauf eines Jahres wäre sie so weit gestärkt, daß die Wirtschaft wieder einigermaßen in Gang kommen könnte.“

Agnelli erdortet weiter überzeugend, wie günstig eine solche Stärkung der Massenkaufkraft auf die Belebung aller Teile einwirken würde. Selbstverständlich müßte die Verkürzung der Arbeitszeit und die entsprechende Hinaufsetzung der Löhne auf internationaler Grundlage erfolgen, wobei nicht ausgeschlossen zu werden brauche, daß ein wirtschaftlich starker Staat mit aufnahmefähigem Binnenmarkt den gleichen Weg ohne Rücksicht auf das Ausland einschlagen kann. — Die Gewerkschaften können mit einer gewissen Befriedigung davon Notiz nehmen, daß sogar erfolgreiche Industrielle heute Gedanken vertreten, die die Gewerkschaften seit jeher als richtig erkannt haben. Eine Wirtschaftskrise, deren Ursache Warenüberfluß ist, kann in der Tat nur überwunden werden, wenn den Menschen die Fähigkeit gegeben wird, diese im Überfluß vorhandenen Waren zu verzehren. Das wollen die Gewerkschaften und mit ihnen alle einsichtigen Personen.

Wieder Hauszinssteuerstundung im Freistaat Preußen

Die kommissarische Regierung des Freistaates Preußens hat die Wiedereinführung der Hauszinssteuerstundung beschlossen. Freilich nicht in der alten, sondern in fast verschlechterter Form. Künftig ist für die Steuerstundung nicht mehr das jährliche Existenzminimum von 1200 Mark maßgebend, sondern sie wird auf „den fürsorgerischen, individuell anzulegenden Begriff der Hilfsbedürftigkeit abgestellt“.

Hauszinssteuerstundungen werden nur noch gewährt bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen, a) wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte; b) soweit Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Rente nicht zahlen könnten; c) soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Miets entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist.

Die Prüfung der Anträge aus Hauszinssteuerstundung erfolgt wie jetzt so auch fernerhin durch die Fürsorgebehörden. Das neue Stundungsverfahren tritt rückwirkend vom 1. Juli 1932 an in Kraft. Soweit eine Zahlung von Mietzinsen bereits erfolgt ist, ist eine individuelle Ermäßigung der der Steuer hierdurch zugeflossenen Beträge an die Fürsorgeverbände vorgesehen. Da hiernach die Fürsorgebehörden erhöhte Unterstützungen für September nicht mehr zahlen werden, können die be-

dürftigen Mieter, zu deren Gunsten im Juni bereits Hauszinssteuererleichterungen gewährt waren, die Septembermiete um entsprechende Beträge kürzen. Haben jedoch die Fürsorgebehörden bereits eine Entscheidung getroffen, so bleibt diese auch für die Steuerstundung maßgebend. Den Hauseigentümern ist insoweit bei der Zahlung der Hauszinssteuer am 15. September nötigenfalls durch Stundung entgegenzukommen.

Wirtschaftspolitik

Verfrähte Hoffnungen.

Die optimistischen Nachrichten, die im Anschluß an die Versuche zur Wiederbelebung der Wirtschaft, vor allem aus den Vereinigten Staaten, herüberkommen, haben auch in Deutschland wiederum einmal die ganze Frage nach der Krisenwende neue aufgeworfen. Allerdings ist im Gegensatz zu allen andern europäischen Börsen die Berliner Börse der Haussebewegung nicht gefolgt, die seit Ende Juli die amerikanischen Börsenplätze kennzeichnet. Ohne daß hier im einzelnen untersucht werden soll, wie weit im gegebenen Zeitpunkt für eine echte und dauerhafte Entspannung der Weltwirtschaftslage stichhaltige und reale Voraussetzungen gegeben sind, ein festes: Solange in Deutschland politische Zustände herrschen, die mit tagtäglich blutigen Auseinandersetzungen beinahe schlimmer sind als im finsternen Balkanstaat, gibt es keine Hoffnung für wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Auf einem Schlachtfeld investiert man kein Kapital und am Rande eines Kraters, der jeden Augenblick in neue Anruhe geraten kann, siedelt man nicht. So sind noch immer die unsicheren und ungelärten politischen Verhältnisse das schwerste Hemmnis der Wiedergeburt der Krise.

Die grauenvolle Lage des Arbeitsmarktes ist unverändert. Zwar meldet der amtliche Bericht für Ende Juli einen kleinen Rückgang der Arbeitslosenzahlen von 5476 000 Ende Juni auf 5393 000 Ende Juli. Der Rückgang der gemeldeten Arbeitslosenziffern dürfte jedoch vornehmlich auf technischen Voraussetzungen beruhen. Durch die zunehmende Einführung der Bedürftigkeitsprüfung nimmt die Zahl der nicht durch die Arbeitsämter betreuten Arbeitslosen stark zu, was bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage in vielen Fällen auch eine Neuerneuerung des Arbeitsgesuches bedeutet, so daß die statistische Erfassung der Arbeitslosigkeit mehr und mehr Lücken aufweist. Schon heute handelt es sich nach einer Schätzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bei den infolge mangelnder Beschäftigung leer ausgehenden Arbeitslosen um etwa 1 bis 2 Millionen Menschen, eine Zahl, die in den kommenden Monaten noch erheblich anwachsen dürfte, da sich erst dann die Drosselungsmaßnahmen voll auswirken werden.

Eine ungünstige Entwicklung zeigt der deutsche Außenhandel im Monat Juli. Der starke Rückgang der Ausfuhr auf nur 432 Millionen Mark, im wesentlichen hervorgerufen durch Rückgang der Fertigwarenausfuhr, ließ bei unveränderter Einfuhr den Ausfuhrüberschuß auf 66 Millionen absinken. Erheblich ging vor allem die Ausfuhr nach Rußland und Frankreich zurück, während die Ausfuhr nach Großbritannien leicht ansteigen konnte. E. N.

Verstärkendes

Zuchthaus- und Todesurteile und ihre Wirkung.

Das Terrortreiben der entfesselten Nazis hatte zur Folge, daß sich nach langem, gefährlichem Zögern die Reichsregierung entschloß, eine Notverordnung zu erlassen, die Sondergerichte und verschärfte Strafen, auch die Todesstrafe, für politische Straftaten vorsah. In dem einen Falle, der unter ihrem Zeichen zur gerichtlichen Entscheidung kam, wurden in Bries gegen Reichsbannerleute, die in Ohlau sich terrorisierenden Nazis gegenüber in der Notwehr befaßen und in dieser Nazis töteten, zu schweren Zuchthausstrafen von vier, drei und zwei Jahren verurteilt. Dieses Urteil wurde von allen Kreisen, die sich ihre Rechtsauffassung nicht vom politischen Haß trüben ließen, als ungerecht und hart empfunden, denn im schlimmsten Falle hatten die Verurteilten das Notwehrrecht überschritten.

Es hat sich auch an andern Fällen gezeigt, daß eingetroffen ist, was Kundige voraus sagten, daß nämlich die Notverordnung von der Justiz mit größter Härte gegen die Arbeiterklasse, gegen die Schutztruppe des Kapitals aber mit Schonung angewendet werden würde. In einem klar und eindeutig liegenden Falle von bestialischem Mord, dem keine Auseinandersetzung vorangegangen war, durch „Kameraden“ Hitlers, mußte sich das Sondergericht Beuthen zu Todesurteilen entschließen, was rechtlich korrekt war. Das war aber für das „bessere“ Bürgertum ein Laß, seine wahre Seele zu zeigen. Die Ohlauer Verurteilten wurden als Mörder beschimpft, den wirklichen Mörder von Potempa aber das Prädicat „nordische Edelmannchen“ verliehen, obwohl sie zum Teil polnische Namen hatten und der eine von ihnen gar polnischer Insurgent und französischer Fremdenlegionär gewesen war. Schließlich wurde gar das Opfer beschimpft. Hitler fühlte sich in einem Telegramm seinen „Kameraden“ „in unbegrenzter Treue verbunden“.

Die Reichsregierung und die kommissarische Preußenregierung waren aus politischen Gründen in einer argen Klemme. In diesen Tagen nun hat die preussische kommissarische Regierung durch Gnadenakt das Todesurteil in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Wie man auch sonst zu diesem Gnadenakt stehen mag — das eine steht fest:

die Sondergerichtsbarkeit ist merkbar geschlagen, und sie muß verschwinden! Weiter aber auch darf das Urteil von Bries über die Reichsbannerleute nunmehr nicht das letzte Wort in diesem Falle sein!

Neben den gezeitigten, sollten die Vorkommnisse noch die Wirkungen haben, daß sich die Arbeiterklasse bemüht, eine wirkliche politische und gewerkschaftliche Einheit und Macht zu werden. Es wäre furchtbar, wenn die Zeichen ihre Sprache umsonst geredet hätten.

25 Jahre Sozialistische Jugendinternationale.

Ende August 1907 wurde in Stuttgart die erste internationale sozialistische Jugendverbände gegründet. 20 Delegierte aus 13 Ländern beschloßen die Grundzüge und Richtlinien für eine ständige internationale Zusammenarbeit. Nach einem Vierteljahrhundert zählt die Sozialistische Jugendinternationale in 28 Ländern 54 Verbände mit über 270 000 Mitgliedern. Sie ist zur stärksten und lebendigsten internationalen Organisation der arbeitenden Jugend herangewachsen und hat sich innerhalb der sozialistischen Bewegung eine steigende Anerkennung errungen.

Das Jubiläum der Sozialistischen Jugendinternationale fällt in eine schwere Zeit. Die Völker leiden unter den verheerenden Wirkungen der Krise, und in vielen Ländern gesellen sich zu der Not der arbeitslosen Massen die Gefahren eines faschistischen Angriffs gegen die demokratischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse. In dieser Zeit hat die arbeitende Jugend unerhörte Opfer zu bringen. Sie ist täglich und stündlich Zeuge und Teilnehmer eines schweren Kampfes um die elementarsten Lebensrechte der arbeitenden Menschen. Voll Stolz kann am Ende des ersten Vierteljahrhunderts seit der Gründung der Internationale festgestellt werden, daß sich die sozialistische Jugend in der Not- und Kampfzeit glänzend geschlagen hat, weder die Wirtschaftskrise noch die Angriffe des Faschismus haben sie erschüttern können. Trotz der schweren Belastung brachte das Jahr 1931 einen neuen Zuwachs an Verbänden und Mitgliedern.

Zur Feier des 25jährigen Bestehens der Internationale findet in allen Orten im Anschluß an den Internationalen Jugendtag eine Rote Jugendwoche vom 2. bis 9. Oktober 1932 statt.

Buchliteratur

„Malerjugend“ Nr. 9.

Wieder liegt eine Nummer der Jugend-Zeitschrift unseres Verbandes, der „Malerjugend“, vor, die mit drei farbigen Tafeln versehen ist. Übungsgemäß sind diese wieder mit Sachkenntnis besprochen und erklärt, so daß der Wert dieser schönen Tafeln für die fachliche Fortbildung eines strebsamen Lehrlings nicht hoch genug eingeschlagen werden kann. — Der leitende Aufsatz behandelt das alte und doch hochaktuelle unstrittene Thema: Jugend und Politik. Wie nicht anders zu erwarten, wird die Verknüpfung von Jugend und Politik nicht nur nicht abgelehnt, sondern gefordert; — Politik freilich in einem Sinne, der mit dem, was man heute weithin darunter begreift, nichts zu tun hat. Ein Aufsatz des Kollegen Ludwig Engel, Hamburg, gibt den zum Oktober auslernenden Jugendlichen Fingerzeige, wie sie ihre Bildung weiter fördern können. Es folgen, wie üblich, eine Reihe wertvoller Artikel fachlichen Inhalts. Wiederum ergänzt durch eine Anzahl Klischees, Plakat- und Wandbelebungsentwürfe zeugend. Ueber Schicksal und Erlebnisse tippelnder Jugendlichen im deutschen und südeuropäischen Raum plaudert einer, der's erlebt hat. Schließlich wird eine sehr treffende sachliche kritische Auslassung über Zustände im Lehrlingswesen in einer neutralen Zeitschrift zum Anlaß genommen, um sie zu unterstreichen und die Verantwortlichkeit eindeutig in der Öffentlichkeit klarzustellen. — die Lehrlinge selbst aber aufzufordern, durch Organisierung in den Gewerkschaften dem Übel selbst mit an die Wurzel zu gehen. Diese Mahnung kann nicht oft und intensiv genug von jedem Kollegen weitergetragen werden.

Literarisches

Der „Wahre Jacob“ ist wieder da! Nach vierwöchiger Verabschiedung ist nunmehr der „Wahre Jacob“, das alte Mitteilungsblatt der Arbeiterklasse, wieder erschienen. Die neueste Nummer erscheint als Sonderausgabe unter dem Titel „Wieder in Freiheit!“. In der alten, freien und unbekümmerten Weise, ohne irgendwelche Zeichen von Neuen, wird zu dem Verbot selbst Stellung genommen, mit Erinnerungen und Streubildern wird nicht nur dieses, sondern die gesamte Reaktion karikiert. — Auffällig ist das Titelbild, das den „Wahren Jacob“ als Zeichenstift darstellt, wie er aus der Verbotszelle entlassen wird. Diese Nummer ist ein Beweis dafür, daß die Abwehrkräfte der Arbeiterklasse dann am stärksten sind, wenn die Gefahr drohend wird. „Wieder in Freiheit!“ dieser alte, wahre Satz sollte in allen Arbeiterhäusern dadurch verwirklicht werden, daß der „Wahre Jacob“ abonniert wird. Das Heft kostet ganze 15 Pfennig.

Vom 4. Sept. bis 10. Sept. ist die 36. Beitragswoche.

Vom 11. Sept. bis 17. Sept. ist die 37. Beitragswoche.

Sterbefall

Berlin. Am 26. September starb der Kollege Fritz Wolff, geboren am 12. Juni 1860, in Berlin. Chemnitz. Nach kurzem Krankenlager starb am 1. September unser Kollege Otto Röber, 51 Jahre alt, an Magengeschwür.

Ehre ihrem Andenken!